



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung WBF  
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

[info.afwa@seco.admin.ch](mailto:info.afwa@seco.admin.ch)

Bern, 21. März 2019

### **Aufhebung der Industriezölle**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die SP Schweiz ist nicht grundsätzlich gegen eine Aufhebung der Zölle auf Importe von Industriegütern. Die vorgeschlagene Revisionsvorlage lehnen wir jedoch ab. Die Vorlage ist unausgewogen und führt nicht zur behaupteten Bekämpfung der Preisinsel Schweiz. Das Konsumentenpreisniveau würde gerade einmal um 0,1% sinken. Die Vorlage hat nur marginale positive Effekte auf die Schweizer Volkswirtschaft, aber ziemlich gravierende negative Auswirkungen auf den Bundeshaushalt.

### **Zu einigen zentralen Aspekten der Vorlage**

Die Unternehmen würden im Umfang von 590 Millionen Franken von den vorgeschlagenen Zollerleichterungen profitieren, die Konsumenten hingegen nur von 350 Millionen – und auch das nur, wenn die Zollerleichterungen auch tatsächlich weitergegeben würden. Die Margen der Unternehmen würden also um mindestens 240 Millionen verbessert, während der Staat auf eine halbe Milliarde Franken an Steuereinnahmen verzichten müsste. Dies könnte sich früher oder später in Leistungskürzungen für die Bürgerinnen und Bürger niederschlagen. Dieser Umverteilung wollen wir nicht zustimmen. Zumal zu den rund 500 Millionen Zollausfälle weitere 40 Millionen Mindereinnahmen über die Mehrwertsteuer (deren Bemessungsgrundlage sich vermindert) sowie Ausfälle bei den Einnahmen über die Automobilsteuer kommen, wozu im erläuternden Bericht die Schätzgrösse leider fehlt. Diese Mindereinnahmen entsprechen mehr als drei Prozent der schwach gebundenen

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Theaterplatz 4  
Postfach · 3011 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

Ausgaben. Trotz zurzeit hoher Überschüsse im Bundeshaushalt bleibt der mittelfristige finanzielle Handlungsspielraum begrenzt. Sollte die STAF-Vorlage in der kommenden Volksabstimmung eine Mehrheit finden, ist bereits für 2020 (temporär) mit einem Defizit von 400 Millionen zu rechnen, wobei sich die konjunkturellen Aussichten eher eingetrübt haben. Einnahmeausfälle aufgrund weiterer diskutierter Reformen, wie etwa der Abschaffung der "Heiratsstrafe" (1,2 Milliarden) oder der Stempelabgabe (1,6 Milliarden), bleiben dabei noch ausgeklammert.

Gesamtwirtschaftlich bringt die Vorlage, wie die im Bericht zitierten Studien zeigen, selbst unter optimistischen Annahmen lediglich eine einmalige Steigerung des Bruttoinlandprodukts um 0,13% (bzw. 0,06% oder 43 Franken pro Kopf). Die Reallöhne sollen um 0,1% steigen und für die Beschäftigung können gar keine relevanten positiven Auswirkungen beziffert werden. Die erstaunlichste Zahl ist aber jene zum Einfluss auf die Konsumentenpreise. Diese würden um lediglich 0,1% abnehmen, obwohl diese Vorlage doch in erster Linie Teil des bundesrätlichen Massnahmenpakets gegen die Hochpreisinsel sein soll. Was diesen bescheidenen Auswirkungen weiter Nachdruck verleiht, ist ein Vergleich mit dem EFTA-Land Norwegen, das seine Industriezölle bereits 2006 praktisch ganz abgebaut hat. Dies hatte längerfristig keinerlei statistisch signifikante Effekte auf die Exporte industrieller Waren. Insignifikant war auch der Einfluss auf die Produktivitätsentwicklung. Positive Beschäftigungseffekte konnten ebenfalls nicht nachgewiesen werden.

Fazit: Die erwarteten volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines unilateralen Abbaus der Industriezölle sind so klein, dass man weder von einer wirklich substanziellen Handelserleichterung, noch von einer spürbaren Massnahme zum Abbau der Hochpreisinsel Schweiz sprechen kann. Sehr relevant wären allerdings die Einnahmeausfälle beim Bund. Die SP Schweiz schlägt deshalb vor, die Industriezölle weiterhin schrittweise im Rahmen neuer Freihandelsabkommen aufzuheben. Die Industriezölle können damit in Verhandlungen über Freihandelsabkommen wenigstens punktuell als relevante Verhandlungsmasse eingesetzt werden.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben

Mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Christian Levrat  
Präsident



Luciano Ferrari  
Leiter Politische Abteilung